



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung

01.09.2010

Europa-Mayer informiert:

Schnapsbrennereien brauchen Zukunftsperspektive

Europäisches Parlament beginnt Beratungen über Zukunft des Branntweinmonopols

Eine klare Zukunftsperspektive für Schnapsbrennereien hat der CDU-Europaabgeordnete Prof. Dr. Mayer gefordert. Zu Beginn der Beratungen über die Verlängerung des Branntweinmonopols im Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments betonte Mayer: "Ohne die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verlängerung würde das Branntweinmonopol bereits Ende 2010 auslaufen - mit ungewissen Folgen für die Produzenten von Obst-, Getreide und Kartoffelbränden. Eine Verlängerung ist dringend notwendig, damit sich Brennereien und Produzenten an die neue Situation anpassen können".

Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat gestern erstmals über die Zukunft des Branntweinmonopols beraten. Es wird erwartet, dass der Ausschuss noch im Herbst eine Entscheidung fällt, die dann vom Gesamtplenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden muss.

Eine Verlängerung der geltenden Regelung sei eine "wirtschaftliche Notwendigkeit für die betroffenen Brennereien. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verlängerung des Branntweinmonopols gibt den 674 Kartoffel- und Getreidebrennereien und den rund 22.000 Obstbrennereien in Deutschland die notwendige Planungssicherheit", so der CDU-Abgeordnete Mayer.

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass die deutschen Kartoffel- und Getreidebrennereien noch bis 2013 ihre überschüssige Produktion an das Branntweinmonopol liefern können. Für die oftmals sehr kleinen Obstbrennereien soll das Branntweinmonopol bis 2017 verlängert werden. "Gerade die familiär geführten Obstbrennereien stellen nicht nur eine jahrhundertealte Tradition in Deutschland dar, sondern sorgen durch ihre Produkte auch für die fortlaufende Bewirtschaftung von Streuobstwiesen. Somit betreiben sie zugleich auch eine intensive Kultur- und Landschaftspflege, die auch in Zukunft möglich sein muss".